Arbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe
ambulante und stationäre Dienste

MEDIENMITTEILUNG

LEISTBARES WOHNEN IST MACHBAR
Lösungsansätze für menschenwürdiges Wohnen für Alle.

Dornbirn, 10. Mai 2019 – „Die Anzahl der Menschen in ungesicherten Wohnverhältnissen in Vorarlberg hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, der überhitzte Wohnungsmarkt und stagnierende Einkommen haben maßgeblich dazu beigetragen. Diese Entwicklung müssen wir stoppen", betonten heute VertreterInnen der BAWO, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, und der ARGE Wohnungslosenhilfe Vorarlberg – Caritas Vorarlberg, Kaplan Bonetti, ifs, dowas, Kolpinghaus Götzis und Kolpinghaus Bregenz – in einer gemeinsamen Medienkonferenz und stellten das bundesweite Positionspapier „WOHNEN FÜR ALLE" mit konkreten Strategien und Lösungsansätzen für eine Wohn- und Sozialpolitik in Vorarlberg vor. Im Kolpinghaus Götzis fand dazu ein Workshop mit TeilnehmerInnen aus sechs sozialen Einrichtungen statt.

„Wohnen ist auch in Österreich zu einer gesellschaftspolitischen Herausforderung geworden. Menschen mit niedrigem Einkommen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen", meinte Elisabeth Hammer, Obfrau der BAWO, der Bundesarbeitsgemeinsaft Wohnungslosenhilfe. „Immer mehr Menschen haben Probleme, ihre Wohnungen zu finanzieren. Ein Indiz dafür, dass die derzeitige Wohnpolitik die Wohnversorgung von Menschen mit geringem Einkommen nur unzureichend berücksichtigt", so Hammer.

ExpertInnen entwickeln umsetzbare Lösungsvorschläge
Mit dem österreichweiten Positionspapier „WOHNEN FÜR ALLE", entwickelt von 45 ExpertInnen aus den Feldern Wohnpolitik, Wohnbau, Wohnrecht und der Wohnungslosenhilfe, möchte die BAWO einen Beitrag zu einem breiteren gesellschaftlichen Diskurs eröffnen. Dies gelänge nur durch eine übergreifende, vernetzte wohn- und sozialpolitische Strategie, die sowohl materielle als auch soziale Kriterien des Wohnens berücksichtige. Zudem brauche es Anreize jenseits von Marktlogik und Gewinnmaximierung der Immobilienbranche sowie Privateigentümern. Leistbarer Wohnbau ginge daher nur in Zusammenarbeit aller Beteiligten: Gemeindebau, Wohnungsgenossenschaften und private Wohnungswirtschaft.

Leistbare, menschenwürdige Wohnungen für einkommensschwache Personen
Hinsichtlich materieller Kriterien würden dringend Wohnungen benötigt, die leistbar, dauerhaft, inklusiv sind, über eine hohe Wohnqualität verfügen und auch für Menschen mit niedrigem Einkommen zugänglich seien. Die Wohnkosten sollten nicht mehr als 25 % des Einkommens betragen. Eine Wohnqualität sei angemessen, wenn weder Überbelegung noch Gesundheitsbelastung vorliegen und adäquate Heiz-, Wasch- und Duschmöglichkeit gegeben seien. Unbefristete Mietverhältnisse würden für stabile Wohnverhältnisse sorgen.

ARGE Wohnungslosenhilfe
c/o Kaplan Bonetti Beratungsstelle
Klaudiastraße 6, 1. Stock, 6850 Dornbirn
T +43 5572 205226, beratung@kaplanbonetti.at
www.kaplanbonetti.at

Soziale Infrastruktur verhindert Isolation
„Teilhabe an der Mitgestaltung der eigenen Wohnung, der Wohnanlage oder der Nachbarschaft stärken soziale Beziehungen und verhindern Isolation und Vereinsamung", argumentierte Elisabeth Hammer. „Auch bei persönlichen oder gesundheitlichen Einschränkungen soll dauerhaftes, selbstständiges Wohnen möglich sein." Professionelle Unterstützung wie Sozialarbeit, Behindertenhilfe und Pflege würden den Verbleib in einer selbstständigen Wohnform nachhaltig sichern, auch in schwierigeren Lebensphasen. Spezifische Angebote, um Menschen rechtzeitig vor dem Verlust ihrer Wohnung aufzufangen, sollten dabei helfen, einen Wohnungsverlust zu vermeiden.

Verdoppelung der ungesicherten Wohnverhältnisse in Vorarlberg
„Die Anzahl der Menschen in ungesicherten Wohnverhältnissen in Vorarlberg hat sich in den fünf Jahren von 2013 bis 2018 verdoppelt", warnte Christian Beiser, Leiter der Beratungsstelle Existenz und Wohnen der Caritas Vorarlberg und verweist auf die jährlichen Erhebungen der ARGE Wohnungslosenhilfe. Im Monat Oktober 2018 wurden in den ambulanten und stationären Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg 1.111 Fälle mit insgesamt 1.920 Personen begleitet. „Jede/jeder vierte KlientIn verfügt über kein rechtlich abgesichertes Mietverhältnis, viele davon sind temporär bei Freunden, Bekannten oder Verwandten untergebracht. Ungefähr die Hälfte der KlientInnen, die sich an die verschiedenen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe wenden, hat zwar eine Wohnung, braucht aber dennoch Unterstützung: Jedes fünfte Mietverhältnis ist rechtlich bedroht durch Mietrückstände und Ankündigung einer Delogierung. Zudem befindet sich jede sechste Wohnung in einem unzumutbaren Zustand beispielsweise durch eine mangelhafte Bausubstanz, durch Schimmelbefall, usw. ", so Beiser weiter.

Die ARGE Wohnungslosenhilfe hat daher in ihrem Grundsatzpapier „WOHNEN FÜR ALLE IN VORARLBERG" die Empfehlungen und Forderungen des bundesweiten BAWO Positionspapier eingearbeitet und dabei die wichtigsten Strategien und Maßnahmen für Vorarlberg benannt.

Mindestsicherung stärken, Wohnbeihilfe vereinfachen
„In Vorarlberg sind ca. 60 % der Mindestsicherungsbeziehenden sogenannte AufstockerInnen. Das heißt, sie beziehen Mindestsicherung ergänzend zu Lohn, Pension, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, usw., da das vorhandene Sozialversicherungssystem Menschen bei Eintritt eines Versicherungsfalls wie Alter, Erkrankung oder Arbeitslosigkeit nicht ausreichend vor Armut schützt", erläuterte Beiser. „Diese Sicherungssysteme müssen deshalb gestärkt, nicht geschwächt werden. Wir lehnen die Abschaffung der Notstandshilfe und damit die Einführung eines österreichischen Hartz-IV-Modells daher strikt ab."

Zudem müsse die Mindestsicherung (oder Sozialhilfe) völkerrechts-, EU-rechts- und verfassungskonform sein und sich an dem tatsächlichen Bedarf der Betroffenen orientieren. Die gesamten Wohn- und Heizkosten, Anmietungskosten, Erstmöblierung usw. sollten mitberücksichtigt sein. Fatal sei auch eine Staffelung von Kinderrichtsätzen, die Familien mit mehreren Kindern stark benachteilige.

Dabei wies Beiser auch auf die komplizierte Berechnung der Wohnbeihilfe hin. Es brauche eine einfachere Berechnungsweise, die sich an den tatsächlichen Gegebenheiten orientieren müsse.

Zugang zu gemeinnützigem Wohnraum verbessern
„Seit 2015 regelt in Vorarlberg die Wohnungsvergaberichtlinie landesweit einheitlich die Bedarfsermittlung, die Bewerbung und die Dringlichkeitsreihung. Eigentlich eine gute Sache, da die Wohnungsvergaben für

Jede/Jeden nachvollziehbar sind. Menschen mit dringendem Wohnbedarf und eingeschränkten finanziellen Mitteln sollen dabei schneller einen Platz in einer gemeinnützigen Wohnung bekommen“, sagte Erich Ströhle, ifs Wohnen. Doch die Vergabepraxis in den Gemeinden zeige, dass die Wohnungsvergaberichtlinien derzeit nur mangelhaft eingehalten werden. Die Vergabe sei hinsichtlich der Dringlichkeitsbeurteilung weiterhin oft intransparent. Die ARGE Wohnungslosenhilfe fordere daher eine Kontrollinstanz und Sanktionierungen zur Einhaltung dieser Richtlinie.

„Wesentlich ist auch, dass die Punktevergabe bei den Meldezeiten abgeschafft wird Die Meldedauer in der Gemeinde soll für Menschen, die dringend eine gemeinnützige Wohnung brauchen, kein Kriterium mehr für die Wohnungsvergabe sein“, so Erich Ströhle weiter.

Gutes Wohnumfeld hebt Wohnqualität und -stabilität

„Nicht nur ganz persönliche Faktoren der Haushalte wie Haushaltsstruktur, Einkommen, finanzielle Belastungen, soziale Integration oder Vereinsamung, Schulden, Arbeitslosigkeit usw. wirken erheblich auf die Wohnqualität der BewohnerInnen ein“, meinte Ströhle. „Auch die Größe der Wohnung, die Anzahl der Wohneinheiten, der Wohnungsstandard, die Gestaltung der Gemeinschaftsräume und der Außenanlagen beeinflussen das Wohlbefinden der BewohnerInnen erheblich.“

Eine Wohnsiedlung solle daher in die Quartierssituation eingebunden werden. Nahversorgung, öffentliche Verkehrsanbindung, Naherholungsräume, Kinderbetreuungsstätten, usw. hätten daher Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität einer ganzen Siedlung. Das Wohnumfeld solle daher mit den umliegenden Freiräumen abgestimmt werden und Angebote für verschiedene NutzerInnen allen Alters aufweisen.

„Das Wohnumfeld soll seinen BewohnerInnen jederzeit und uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Freiflächen erhalten so einen öffentlichen Charakter und können auf diese Weise auch von Nicht-BewohnerInnen genutzt werden“, meinte Ströhle abschließend.

Rückfragehinweis für die Redaktionen:
Christian Beiser, E-Mail: christian.beiser@caritas.at, Tel.: 05522/200-1732

BEILAGE

Entwicklung der Einkommen und Mieten in Österreich

- Arbeitnehmereinkommen 2008 bis 2017: Steigerung um 17 %
- Wohnungsmieten 2008 bis 2017: Steigerung um 34 %
- Medianmiete 2017 bis 2018 (privater Mietsektor): Steigerung von € 12,60 auf € 14,00 (+ 11 % in 1 Jahr)

Erhebung der ARGE Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg 2018 – Daten und Fakten

Erhebungszeitraum Monat Oktober 2018, Doppelnennungen wurden bereinigt:

Fallzahlen in den Einrichungen der Vorarlberger Wohnungslosenhilfe

	Anzahl Fälle	**Anzahl Personen**
Ambulante Einrichtungen	832	1.608
Stationäre Einrichtungen	279	312
Gesamt	**1.111**	**1.920**

Erreichte Personen im Jahresvergleich

	2015	**2016**	**2017**	**2018**
Anzahl aller Betroffenen	1.603	2.100	2.096	1.920
Davon Minderjährige	403	615	634	549

Die Zahl der erreichten Personen ist in den Jahren 2015 bis 2018 um 20 % gestiegen. 2018 waren 29 % der Personen minderjährig.

Haushalte in gemeinnützigen und privaten Mietwohnungen: Anteil der Wohnkosten am Gesamteinkommen (inkl. aller Förderungen)

	2017		**2018**	
	Fälle	**%**	**Fälle**	**%**
unter 30 %	107	27,1	91	23,0
31-40 %	150	38,1	174	44,0
41-50 %	97	24,6	86	21,8
über 50 %	28	7,1	33	8,4
Keine Angabe	12	3,1	11	2,8
Gesamt	**394**	**100 %**	**395**	**100 %**

Gut drei viertel der Haushalte geben mehr als 31 % ihrer Einnahmen für Wohnen aus. Gut ein drittel der Haushalte geben mehr als 41 % für Wohnen aus.